Stadt Bergisch Gladbach

Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 539/2002
	X Öffentlich
	Nicht öffentlich
Mitteilungsvorlage	
für ❤	Sitzungsdatum
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)	25.09.2002

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 27.06.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Inhalt der Mitteilung

Eine Berichterstattung zu den Punkten A 1-4, 6-8, 10,13, 16 und 17.1 sowie zu den Punkten B 1-4 erübrigt sich.

Zu Punkt 5:

Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil- 330/2002

Die Laufzeit für den Jugendwettbewerb *Partizipation* wurde aufgrund der Anregung der Ausschussmitglieder bis zum 13.10.2002 verlängert.

Der *Arbeitskreis Partizipation* hat am 18.07.2002 getagt. Die Beratungsergebnisse sind unter dem Tagesordnungspunkt A 5 Punkt 4 zusammengefasst.

Zu Punkt 9:

Bericht über das Beteiligungsprojekt "Kinder überplanen das Buchmühlengelände" 331/2002

Die Anregung, die Präsentation des Beteiligungsprojekts im Planungsausschuss zu wiederholen, wurde an Fachbereich 6 – *Planen und Bauen* weiter gegeben.

Zu Punkt 11:

Maßnahmebeschluss für die Errichtung des Spielplatzes auf dem Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne 332/2002

Es wird beschlussgemäß verfahren.

Zu Punkt 12:

Bericht der Jugendgerichtshilfe 1993 – 2001 *313/2002*

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 27.06.2002 wurde unter TOP 12 der *Bericht der Jugendgerichtshilfe 1993 – 2001* behandelt. Für die Sitzung hatte Herr Schäfer, beratendes Mitglied im Ausschuss als Vertreter der Polizei, das Kriminalitätslagebild 2001 zur *Kinder- und Jugendkriminalität in der Stadt Bergisch Gladbach* vorgelegt. Aufgrund der vorgerückten Zeit konnte diese Ausarbeitung in der Sitzung nicht mehr näher erläutert werden. Die Verwaltung des Jugendamtes hat das Kriminalitätslagebild mit der Polizei besprochen und vor allem die Abweichungen zur Jugendgerichtshilfestatistik geklärt: Die Polizeistatistik erfasst alle Tatverdächtigen und alle Taten; die Jugendgerichtshilfestatistik erfasst hingegen "nur" die verurteilten jungen Menschen bzw. jene, bei denen das Diversionsverfahren (Verzicht auf das Hauptverfahren unter Einwilligung der Beteiligten und Einleitung z.B. des Täter-Opfer-Ausgleichs) durchgeführt wird. Des weiteren zählt die Jugendgerichtshilfestatistik jede vorkommende Deliktart, die verhandelt wurde, nur einmal (z.B. 10 Einbrüche, die in einer Verhandlung bezogen auf einen Jugendlichen verhandelt werden, zählen in der Jugendgerichtshilfestatistik als ein Einbruch).

Zudem gab es weitere Absprachen zwischen Polizei und Jugendamt. Vor allem das Verfahren bei der Meldung von tatverdächtigen Kindern soll so geregelt werden, dass die Informationen das Jugendamt zeitnäher erreichen.

Zu Punkt 14:

Das neue Adoptionsvermittlungsrecht und seine Auswirkungen auf die Praxis 352/2002

Auf die Beschlussvorlage mit der Drucksachen-Nr. 503/2002 zur Sitzung wird verwiesen. Das zugesagte Zahlenmaterial im Hinblick auf die Adoptionsvermittlungstätigkeit und bezogen auf die Stadt Bergisch Gladbach wurde in die Darstellung eingearbeitet.

Zu Punkt 15:

Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime" 230/2002

Auf die Mitteilungsvorlage zur investiven Förderung im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Drucksachen-Nr. 295/2002) sowie die Beschlussvorlagen über konkrete Investitionsmaßnahmen im Bereich der Jugendfreizeitheime (Drucksachen-Nr. 296, 297 und 538/2002) zur Sitzung wird verwiesen.

Zu Punkt 17:

Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-

17.2. Neubaugebiet Am Plackenbruch in Schildgen

Bezüglich des geplanten Neubaugebietes *Am Plackenbruch* in Schildgen und zukünftiger Beteiligungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bei der Planung größerer Neubaugebiete wird das in der Sitzung zugesagte Gespräch mit dem Fachbereich 6 – *Planen und Bauen* nach der Sommerpause stattfinden. Zu gegebener Zeit wird im Ausschuss darüber berichtet.

17.3. Verzicht des Arbeitsamtes Bergisch Gladbach auf seine beratende Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Dem Wunsch des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) entsprechend wurde ein Schreiben an den Direktor des Arbeitsamtes Bergisch Gladbach gerichtet. Es wurde ihm mitgeteilt, dass der Ausschuss die Entscheidung des Arbeitsamtes, derzeit wegen fehlender personeller Kapazitäten nicht mehr an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teilzunehmen, missbilligend zur Kenntnis genommen hat.